

## **Auftrag zur Satzungsänderung**

### **Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**25.01.2020 in Apolda**

Die Landesdelegiertenkonferenz beauftragt den Landesvorstand, die Parteistrukturen kritisch zu hinterfragen und zur nächsten Landesdelegiertenkonferenz einen breit abgestimmten Vorschlag zur Reform der Parteistrukturen im Rahmen einer umfassenden Satzungsänderung einzubringen.

Dieser Antrag soll insbesondere folgende Fragestellungen klären:

- die Schaffung eines ständigen und beschlussfähigen Gremiums, das alle politischen Ebenen der Partei sinnvoll miteinander verzahnt
- die Schaffung einer eigenen Struktur der kommunalpolitisch Aktiven, in der ausschließlich kommunalpolitische Positionen ausgetauscht, entwickelt und beschlossen werden können
- ob der Landesparteirat in seiner jetzigen Form ersatzlos gestrichen werden soll
- die Anpassung der Fristen für Ladungen, für Bewerbungen, für Antragseinreichungen und für Änderungsanträge – unter Berücksichtigung der Unterscheidung zwischen regulärer und außerordentlicher Landesdelegiertenkonferenz, sowie regulärer Anträge und Grundsatz- oder Wahlprogrammen
- die Zusammensetzung des Landesvorstandes in Bezug auf seine Größe und auf eine angemessene Repräsentanz der verschiedenen Thüringer Regionen
- die Umbenennung der Landesprecher\*innen in Landesvorsitzende
- die Begrenzung der Zahl der Landesvorstandsmitglieder, die gleichzeitig in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis zur Landtagsfraktion, einem aktuell grüingeführten Ministerium, bei DAKT e.V., bei der Heinrich-Böll-Stiftung, bei der Geschäftsstelle der Grünen Jugend, bei grünen Dezernent\*innen und bei Abgeordnete\*n stehen
- die Begrenzung von Mandatszeiten bei Listenaufstellungen zu Landtags-, und Bundestagswahlen
- die Schaffung des Amtes einer „frauen-, inter-, trans- & genderpolitischen Sprecherin“ im Landesvorstand (Bis zur Verankerung in der Satzung, muss der Landesvorstand eine „frauen- & genderpolitische Sprecherin“ aus seinen Reihen wählen.)

Ziel ist es, die Parteistrukturen an die Anforderungen anzupassen, die eine wachsende Mitgliederzahl, die wachsende Anzahl an ehrenamtlich Aktiven in den kommunalen Parlamenten, sowie der Abstimmungsbedarf als regierungstragender Partei mit der Landtagsfraktion und grüingeführten Ministerien mit sich bringen.